

Cleavage [2010]

Pappi, Franz Urban

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pappi, F. U. (2015). Cleavage [2010]. *Historical Social Research, Supplement*, 27, 29-31. <https://doi.org/10.12759/hsr.suppl.27.2015.29-31>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Cleavage [2010]

*Franz Urban Pappi**

Abstract: »*Cleavage/Konfliktlinien*«. Starting from political conflicts reflected in elections, social cleavages are described as societal conflict groups represented by political parties following the typology of Lipset and Rokkan. This presentation is complemented by an analysis of party system change caused by increasing post-material value orientations in affluent societies (Inglehart).

Keywords: Social cleavages, party systems, value change.

1. Cleavage

Cleavage (englisch für Spaltung), in der Politikwissenschaft verwendet i.S. von Konfliktlinie, die die Befürworter und Gegner bei einer politischen Entscheidung trennt. Man geht dabei von der Vorstellung aus, dass es nicht einfach zwei Gruppen von Befürwortern und Gegnern gibt, sondern eine mehr oder weniger kontinuierliche Anordnung der Abstimmenden oder Wähler auf einer Policy-Dimension (Policy), auf der auch die Abstimmungsgegenstände oder Parteien angeordnet werden können. Der einzelne entscheidet sich bei Abstimmungen oder Wahlen für die Lösung oder Partei, die seinem Idealpunkt am nächsten ist. Eine Konfliktlinie ist dann entsprechend die rechtwinklig zur Policy-Dimension verlaufende Linie, die die Befürworter und Gegner bei einer konkreten Abstimmung trennt. Dauerhafte Konfliktlinien liegen vor, wenn die Policy-Dimensionen immer wieder für konkrete Entscheidungen relevant sind oder wenn sie auf ideologische Dimensionen mit abstrakterer Bedeutung rückführbar sind und wenn die Abstimmenden/Wähler immer wieder in die gleichen Gruppen von Befürwortern und Gegnern zerfallen. Bei mindestens zwei dauerhaften Policy-Dimensionen kann die Situation auftreten, dass die Idealpunkte der Abstimmenden/Wähler nicht über die ganze Ebene streuen, sondern Häufungen, z.B. entlang der Diagonallinie der Ebene auftreten, deren horizontale Achse die Dimension A und deren vertikale Achse die Dimension B bildet. Man spricht von sich verstärkenden Konfliktlinien (*superimposed c.*), wenn die Befürworter oder Gegner bei Dimension A auch die Einstellung zu Dimension B gemeinsam haben; von überlappenden C. (*overlapping c.*), wenn dies nicht der Fall ist, so dass z.B. die Befürworter bei Dimension A bei Dimension B

* Reprint of: Franz Urban Pappi. 2010. Cleavage. In *Lexikon der Politikwissenschaft* 4, hg. v. Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze, 110-2. München: C. H. Beck.

teils zu den Gegnern und teils zu den Befürwortern gehören. Die Idealpunkte der Abstimmenden/Wähler auf den beiden Dimensionen zeigen in letzterem Fall keinen Zusammenhang, während sie bei sich verstärkenden Konfliktlinien korreliert sind.

- 1) In der Wahlforschung haben insbesondere soziale Konfliktlinien (*social c.*) Beachtung gefunden. Sie trennen soziale Gruppierungen (Klassen, Konfessionsgruppen, ethnische Minderheiten etc.), deren ideelle oder materielle Interessen durch verschiedene Parteien vertreten werden. Zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt kann es zu einer Koalition zwischen einer sozialen Gruppierung bzw. ihren Repräsentanten und einer politischen Partei kommen. Beispiele dafür sind in Deutschland die Koalition der Katholiken mit der Zentrums- und der Arbeiterpartei und die Sozialdemokraten. Solche Koalitionen sind i. d. R. dauerhaft und finden bei Wahlen ihren Ausdruck in der überdurchschnittlichen Entscheidung der Gruppenangehörigen zugunsten der betreffenden Partei. Organisatorisch werden sie durch Mitgliedschaften z.B. in kirchlichen Vereinigungen oder in Gewerkschaften abgestützt. Entscheidend ist dann, dass die Organisationsführer und die Parteiführer an dieser Koalition festhalten.
- 2) Für die Entstehung der europäischen Parteiensysteme war die Politisierung sozialer Spaltungen von großer Bedeutung. S. M. Lipset und S. Rokkan (1967) haben eine historische Genealogie der Entstehung der europäischen Parteiensysteme entwickelt, die die verschiedenen Möglichkeiten auf vier grundlegende soziale Spaltungen zurückführt. Die Politisierung des Konflikts zwischen Staat und Kirche und zwischen einer dominanten und einer ethnisch-sprachlich abweichenden Bevölkerungsgruppierung gehen auf die Phase der Nationwerdung (Nation building) zurück. Die Spaltung zwischen den städtischen Zentren und der agrarisch geprägten Landbevölkerung und die Spaltung zwischen Kapital und Arbeit hat sich als Folge der Industrialisierung entwickelt. Welche Parteiensysteme konkret entstanden sind, hängt davon ab, welche Koalitionen die herrschende Elite mit den einzelnen Gruppen eingegangen ist. In den protestantischen Ländern war die Kirche bereits seit der Reformation unter Staatseinfluss gekommen, die Gegner der herrschenden Elite waren die Nonkonformisten und Laizisten. In den katholischen Ländern konnte die herrschende Elite entweder eine Koalition mit der Kirche eingehen, wie in Belgien und Österreich, oder Stellung gegen die Kirche beziehen, wie in Frankreich nach der Französischen Revolution. Die andere Wahlmöglichkeit der herrschenden Elite vor der Phase der Hochindustrialisierung war entweder eine Koalition mit agrarischen Interessen, insbesondere denen des Großgrundbesitzes, oder mit den Vertretern der Handelsinteressen der Städte. Sowohl in England als auch in Preußen war die Entscheidung zuerst zugunsten einer protestantischen Staatskirche und dann zugunsten einer Koalition mit dem Landadel gefallen. Die Opposition zu diesem System wurde von städtischen nicht kirchlich gebundenen Teilen des Bürgertums in der poli-

tischen Form liberaler Parteien ausgeübt. Dagegen war die Hauptopposition in Frankreich ein ländlicher, klerikaler Konservatismus. Die letzte große historische Option für die Gestaltung des modernen Parteiensystems war die Koalitionsbildung im Hinblick auf die erstarkende Arbeiterbewegung. In Deutschland entschied sich die Arbeiterbewegung sehr früh für einen autonomen Weg und schwächte damit den Liberalismus, in anderen Staaten trat diese Entwicklung erst im 20. Jahrhundert ein, wie z.B. in Großbritannien, bzw. gar nicht, wie in den USA.

- 3) Eine heute weit verbreitete Diagnose besagt, dass soziale Konfliktpotenziale in westliche Industriegesellschaften an Bedeutung verlieren. Neue ideologische Spannungslinien wie der Gegensatz zwischen den traditionellen Parteien und ökologischen Bewegungen ließen sich nicht mehr auf Interessengegensätze zwischen bestimmten sozialen Gruppen zurückführen. Träger dieser neuen sozialen Bewegungen seien deshalb eher Wertgemeinschaften und nicht über ihre Interessenlage abgrenzbare sozialstrukturelle Gruppierungen. Für Post-industrielle Gesellschaften ist hier von R. Inglehart die Theorie des Wertewandels entwickelt worden, nach der sich die Wertprioritäten von den ökonomischen und physischen Sicherheitsbedürfnissen weg zu nicht-materiellen Bedürfnissen wie Gemeinschaftsgefühl und Lebensqualität verlagert haben (Inglehart 1989, 77). Die etablierten Parteiensysteme repräsentieren danach noch die traditionellen sozialen Spaltungen, so z.B. in Deutschland die Konflikte zwischen sozialen Klassen oder die zwischen religiösen Gruppierungen. Daneben treten neue Konflikte nicht-wirtschaftlicher Art, die zunächst von neuen sozialen Bewegungen thematisiert werden (Anti-Kernkraft-Bewegung, Friedensbewegung, Frauenbewegung), um dann nach einer Mobilisierungsphase schließlich Ausdruck in Parteien wie der Partei der Grünen zu finden.

References

- Brettschneider, Frank, Jan van Deth, und Edeltraud Roller, Hrsg. 2002. *Das Ende der politisierten Sozialstruktur*. Opladen: Leske + Budrich.
- Eith, Ulrich, und Gerd Mielke, Hrsg. 2001. *Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Inglehart, Ronald. 1989. *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt*. Frankfurt a. M. und New York: Campus.
- Lipset, Seymour. M., und Stein Rokkan, Hrsg. 1967. *Party Systems and Voter Alignments*. New York: Free Press.